

# Kann die Gas-Notfallstufe abgewendet werden?

Die Erleichterung über die Wiederaufnahme der russischen Gaslieferungen nach der Wartung von Nord Stream 1 währte nur kurz. Gazprom hat am Mittwoch den Hahn wieder halb zugezogen. Experten glauben, dass sich eine „Gasmangellage“ noch vermeiden lässt.

VON HELGE TOBEN  
UND ANDREAS HOENIG

**BERLIN/KÖLN** (dpa) Aus Russland fließt immer weniger Gas nach Europa. Am Mittwoch hat der russische Energiekonzern Gazprom die Liefermenge durch die Ostseepipeline Nord Stream 1 nach Deutschland wie angekündigt noch mal um die Hälfte verringert – auf nur noch 20 Prozent der maximalen Kapazität. Muss daher demnächst der Staat die Gasverteilung in Deutschland übernehmen? Dies wäre bei der Notfallstufe im Notfallplan Gas der Fall. Experten glauben, dass sich dies noch abwenden lässt. Es kommt vor allem auf eins an: mehr Gas sparen.

„Im Gas sparen liegt der Schlüssel zur Vermeidung einer möglichen Gasmangellage“, sagt etwa die Energie-Ökonomin Claudia Kemfert vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW). Gasspeicher könnten nur dann ausreichend befüllt werden, wenn Gas eingespart werde. „Die geplanten Auktionen, bei denen die Industrien sich bewerben können und Entschädigungen für das Gassparen bekommen, sollten sofort begonnen werden“, sagte Kemfert der Deutschen Presse-Agentur. Zudem müsse man Haushalten helfen, Gas zu sparen. „Prämien wären sinnvoll.“ Um die



Russland hat am Mittwoch wie angekündigt am Hahn der Ostseepipeline Nord Stream 1 gedreht und die Liefermenge um die Hälfte verringert. FOTO: SERGEY DOLZHENKO/DPA

Gasmangellage zu verhindern, müsse dringend mehr getan werden, um Gas einzusparen. „Wir sind sehr spät dran, was unsere Anstrengungen beim Gassparen angeht.“ Auch für Andreas Fischer vom Institut der deutschen Wirtschaft steht noch nicht fest, dass die Notfallstufe im Notfallplan Gas ausgerufen werden wird. „Ob es zu einer Gasmangellage kommt, kann noch nicht abschließend gesagt werden“, sagte der Ökonom. „Vor allem, weil man nicht weiß, wie sich die russischen Lieferungen in den kommenden Wochen und Monaten entwickeln.“ Es sei weiter wichtig, einerseits Gas

einzusparen und andererseits umfangreich verflüssigtes Erdgas (LNG) nach Europa zu importieren. „Nur so ist eine weitere Einsparung für den Winter möglich.“ Eine schnelle Umsetzung der geplanten deutschen LNG-Terminals in den kommenden Monaten sei „essenziell“.

Und was sollen Gas-Haushaltskunden machen? „Geld zur Seite legen und Energie sparen“, rät der Energieexperte der Verbraucherzentrale Nordrhein-Westfalen, Udo Sieverding. Er hält es

für möglich, dass mit der nächsten Abrechnung die Abschläge auf das Drei- bis Vierfache angehoben werden. Er berichtete von einem Fall aus NRW, wo ein Versorger von einem

## „Geld zur Seite legen und Energie sparen.“

Udo Sieverding  
Energieexperte der Verbraucherzentrale  
Nordrhein-Westfalen

privaten Kunden künftig das Fünffache dessen haben will, was er bislang zahlen musste. Kostete bei diesem Kunden die Kilowattstunde Erdgas bislang knapp fünf Cent, sollen es demnächst 25 Cent sein. Zum Vergleich: Im Schnitt zahlten Haushaltskunden 2021 laut Bundesnetzagentur

6,68 Cent je Kilowattstunde Erdgas.

Sieverding glaubt, dass wegen der stark gestiegenen Beschaffungspreise nach und nach alle Versorger die Preise anheben werden. Diese Entwicklung werde noch lange anhalten: „Was uns bevorsteht, ist, dass sich die Mischkalkulation der Versorger in den nächsten zwei bis drei Jahren herauswächst und wir uns dann bei 20 bis 25 Cent je Kilowattstunde Gas wiedertreffen.“

Auch die Energiewirtschaft ruft zum Sparen auf: „Es gilt jetzt, so gut wie möglich vorzusorgen“, sagt Kerstin Andreae, Vorsitzende der Hauptgeschäftsführung des Bun-

desverbands der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW). „Wir müssen alles in die Waagschale werfen. Je mehr Gas heute schon eingespart wird, desto mehr können wir für die Speicherbefüllung nutzen.“ Je voller die Speicher seien, desto besser komme man durch den Winter: „Ziel muss bleiben, mit vollen Gasspeichern in die Heizsaison zu gehen. Hier kann und muss jeder mithelfen – vom Industriebetrieb bis zum einzelnen Haushalt.“

Die Gaswirtschaft ist in Sachen Speicherbefüllung skeptisch: „Sollte es bei einer auf 20 Prozent reduzierten Liefermenge bleiben, ist eine ausreichende Befüllung der Gasspeicher in unseren Augen nicht realistisch“, sagte der Vorstand des Branchenverbandes Zukunft Gas, Timm Kehler. Aktuell drohe wegen der hochsommerlichen Temperaturen und aufgrund der zuverlässigen Lieferungen aus Norwegen und den Niederlanden aber keine Gasmangellage. Das Gasspeichergesetz soll noch einmal verschärft werden mit einem neuen Zwischenziel für den 1. September von 75 Prozent. Zum 1. Oktober sollen die Speicher zu 85 Prozent voll sein statt wie bisher geplant zu 80 Prozent und zum 1. November zu 95 statt wie bisher 90 Prozent. Am Dienstag lag der Speicherstand bei 66,4 Prozent.

Die Speicher voll zu bekommen, hat oberste Priorität für die Bundesregierung, um möglichst gewappnet zu sein für den Winter. Wie Russland aber weiter agiert, ist unklar. „Das Regime von Wladimir Putin hat sich als Gaslieferant disqualifiziert, die Entwicklung der letzten Wochen zeigt, dass wir uns auf Gazprom nicht mehr verlassen können“, sagte Kehler. Wirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) sagte, es gebe anders als von Russland behauptet keine technischen Gründe für die Lieferkürzungen: „Putin spielt ein perfides Spiel.“

## Drohender Gasmangel bringt die Christsozialen auf die Palme

Die CSU verweist auf den besonders großen Gashunger in Bayern - dass dieser zu einem guten Teil hausgemacht ist, will man dagegen nicht hören.

VON JANA WOLF

**BERLIN** Die Cola Light steht schon bereit, noch bevor Markus Söder im Münchener Augustiner Keller eintrifft. Für die Energiezufuhr muss rechtzeitig vorgesorgt sein. Das weiß man auch bei der CSU ganz genau. Die Sorge um die drohende Gasknappheit treibt die Christsozialen heftig um, was sich auch daran zeigt, dass die Gangart gegenüber der Berliner Ampel-Koalition zusehends härter wird. Nach längerer Zurückhaltung macht der CSU-Chef wieder bundesweit von sich reden. Je größer die Not, desto lauter der Ton – das kennt man von der CSU bereits.

Gas ist für Bayern in etwa das, was Cola Light für den Ministerpräsidenten ist: der Stoff, ohne den nichts geht. 5,6 Milliarden Euro hat

Bayern im vergangenen Jahr laut Statistischem Bundesamt für Erdgas und Erdöl aus Russland ausgegeben, weit mehr als jedes andere Bundesland. Rund drei Viertel der Haushalte im Freistaat heizen mit Gas oder Öl. Nicht nur im Wärme- und Stromsektor spielt Gas eine zentrale Rolle, auch die chemische Industrie ist auf den fossilen Rohstoff angewiesen. Doch dass Bayern ein besonders großes Energieproblem habe, will man in der CSU nicht hören. „Fake news“ seien das, schimpft Söder in Richtung Berlin.

Dennoch, im Landkreis Altötting, wohin die diesjährige CSU-Sommerreise noch führen wird, spielt man bereits bedrohliche Szenarien durch: Rund 35 000 Arbeitsplätze könnten allein in diesem Kreis auf der Kippe stehen, wenn die Gas-

zufuhr aus Russland endgültig versiegt. Der hier beheimatete Konzern Wacker-Chemie ist einer der größten Wirtschaftsfaktoren in der Region und nach eigener Darstellung Weltmarktführer in der Produktion von



Zurückhaltung war gestern: Bayerns Ministerpräsident Markus Söder (CSU)

FOTO: IMAGO IMAGES

Polysilicium, das in Photovoltaik-Anlagen und Halbleitern zum Einsatz kommt.

Die Kehrseite dieses Erfolgs ist die massive Abhängigkeit von Gas. Der Wohlstand der gesamten Re-

gion hängt daran. Der Landkreis Altötting sei eine der „energieintensivsten Regionen des Landes“, sagt CSU-Generalsekretär Martin Huber über seine Heimat. Doch auch der CSU-General will nichts davon hören, dass in Bayern energiepolitisch viel versäumt wurde: „Falsche Behauptungen werden nicht dadurch richtiger, dass man sie permanent wiederholt.“

Söder sitzt im Augustiner Keller vor seiner noch gut gefüllten Cola Light und sagt zu den aus Berlin angereisten Journalisten: „Uns geht das Gas aus und aus jetziger Sicht ist kein ausreichender Ersatz in Sicht.“ Indirekt sagt er damit auch: Berlin hat bisher zu wenig alternative Gasquellen erschlossen. Ideen und Tipps zum Einsparen, wie sie der grüne Bundeswirtschaftsminister Robert

Habeck dieser Tage gerne vorbringt, vom Duschsparkopf bis zum Heizverbot für private Pools, belächelt man in der CSU nur. Zu viel Klein-Klein.

Aber auch Brüssel nimmt Söder ins Visier. „Freiwillige Sparvereinbarungen werden nicht das Energieproblem Europas und schon gar nicht Deutschlands lösen“, sagt der CSU-Chef in Anspielung auf den neuen EU-Gasnotfallplan. Demnach sollen sich alle EU-Länder „nach besten Kräften“ bemühen, zwischen dem 1. August und dem 31. März mindestens 15 Prozent weniger Gas zu verbrauchen. Der CSU reichen solche weichen Formulierungen nicht, man erwartet von Brüssel wie von Berlin den großen Wurf.

Vom freiwilligen Sparen halten die Christsozialen also nichts. Vor ver-

pflichtenden Regeln schrecken sie allerdings auch zurück. Schließlich will man nicht den Eindruck erwecken, nun Verbote zu erlassen, was man gerne den Grünen vorwirft. In der CSU setzt man darauf, neue Lieferquellen zu erschließen und alte Atommeiler länger laufen zu lassen – „und zwar bis 2024“, sagt Söder. „Kein Streckbetrieb für ein, zwei Monate, sondern wenn, dann richtig.“

Und so wird bei dieser Sommerreise auch deutlich, dass die CSU neben der Sorge vor dem Gasmangel noch ein anderes Thema umtreibt: vom Bund nicht ausreichend berücksichtigt zu werden. So ganz haben die Christsozialen das Trauma noch nicht überwunden, dass kein einziger Bayer mehr im Bundeskabinett sitzt.

## Wie Waldbränden künftig besser begegnet werden soll

VON HAGEN STRAUSS

**BERLIN** In den Waldbrandgebieten im Süden Brandenburgs und im Nationalpark Sächsische Schweiz ging der Kampf gegen die Flammen auch am Mittwoch weiter. Die Lage sei zwar angespannt, aber nicht außer Kontrolle, hieß es. In Sachsen waren knapp 150 Feuerwehrleute im Einsatz. In Brandenburg kämpften rund 450 Feuerwehrleute gegen den Brand auf einer Fläche von rund 500 Hektar. Berlin denkt derweil über die Konsequenzen aus den um sich greifenden Waldbränden unter anderem für den Katastrophenschutz nach. Helfen mehr Löschflugzeuge oder Hubschrauber?

Eines ist laut Experten sicher – die Hitzewellen werden zunehmen, die Zahl der Waldbrände in Deutschland damit auch. Und noch ist die-

ser Sommer ja nicht vorbei. SPD-Innenexperte und Fraktionsvize Dirk Wiese erteilte Forderungen nach mehr Löschflugzeugen aber eine Absage. Das klinge plausibel, „wird aber den Anforderungen unseres Landes nicht gerecht“. Anders als im Mittelmeerraum erforderten Winde und Vegetation hierzulande andere Lösungen. „Wir sollten hier auf den Rat unserer Feuerwehrleute hören, die schneller sind als jedes Flugzeug sein könnte“, so Wiese.

Sinnvoller seien Hubschrauber, die punktuell präziser einsetzbar seien. „Wir müssen dafür sorgen, dass die Bundespolizei, die über Transporthubschrauber verfügt, im Rahmen ihrer Amtshilfe bei der Unterstützung der Bundesländer auch weiterhin gut ausgestattet ist.“ Dafür sei eine effizientere Zusammenarbeit unerlässlich, da Katastrophen

nicht an Landesgrenzen haltmachen. Der Präsident des Technischen Hilfswerkes, Gerd Friedsam, erklärte: „Für Einsätze wie diese sind unsere Helferinnen und Helfer gut aufgestellt. Sie alle durchlaufen eine fundierte Ausbildung und festigen ihr Wissen in regelmäßigen Übungen.“

Auch der Präsident des Verbandes der Waldeigentümer, Andreas Bitter, warnte: Ganze Waldbestände und Reviere würden von den Flammen zerstört, das gehe an die Existenz der Waldbesitzer, „die bereits Sturm- und Dürreschäden sowie Kalamitäten durch Borkenkäfer zu bewältigen haben“. Für die Waldbesitzer bedeute jeder Brand eine Katastrophe, für die Bevölkerung eine unmittelbare Gefahr und für alle eine weitere Beschleunigung der Klimaerwärmung.



Laut Experten ist der Einsatz von Löschhubschraubern hierzulande effizienter als der von Flugzeugen. FOTO: DPA

Der Präsident forderte Bund, Länder und Kommunen auf, bei der Waldbrandbekämpfung und -vorsorge künftig an einem Strang zu ziehen. „In besonders gefährdeten Gebieten sollten Waldbrandriegel eingerichtet und gepflegt werden, der Zugang zu Löschwasser muss überall möglich sein und letztlich müssen die freiwilligen Feuerwehren besser ausgerüstet und unterstützt werden.“ Bei Großbränden seien auch Löschhubschrauber der Bundeswehr eine wirksame Unterstützung.

Die Holzindustrie mahnte ebenso schnelles Handeln der Politik an. Der Hauptgeschäftsführer des Branchenverbandes der Deutschen Holzindustrie, Denny Ohnesorge, sagte auf Nachfrage: „Die Bundesländer sind aufgerufen, verstärkt zu kooperieren. Der Bund sollte die

Gefahrenabwehr verbessern.“ Dabei gehe es auch um ganz praktische Maßnahmen. „Deutschland hat auch im Wald ein großes Infrastrukturproblem. Es muss endlich wieder mehr in das Waldwegenetz investiert werden. Denn um Waldbrände effektiv einzudämmen, müssen die Löschfahrzeuge schnell in den Wald kommen.“ In den letzten Jahren seien jedoch die Investitionen in den Wegebau auch in den öffentlichen Wäldern stark zurückgefallen. Für die Vorsorge gegen Waldbrände sei zudem wichtig, nicht zu viel Totholz im Wald zu haben. „Denn zu hohe Vorräte an Totholz sind im Sommer in den trockenen Wäldern die Nahrung für Feuer“, so Ohnesorge.

Produktion dieser Seite:  
David Seel  
Iris Neu-Michalik